



NACHLESE zum Fachdialog:

Agenda 2030 und SDGs in Theorie und Praxis

Veranstaltung von
Umwelt Management Austria
am 21.07.2020 im
Veranstaltungsraum Salmgasse
Salmgasse 6, 1030 Wien

Bedingt durch die Corona-Vorsorgemaßnahmen musste dieser Fachdialog auf den 21. Juli 2020 verschoben werden. Ebenso musste leider diversen interessierten Personen die Teilnahme auf Grund der 1 m - Abstandsregelung verwehrt werden. **Prof. Dr. Reinhold Christian**, Vorsitzender von **Umwelt Management Austria**, konnte am 21. Juli beim Fachdialog zum Thema „**Agenda 2030 und SDGs in Theorie und Praxis**“ unter diesen Bedingungen leider nur knapp 40 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie überaus kompetente und engagierte Vortragende begrüßen. Im Publikum waren Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der Verwaltung, von NGOs, von Schulen, von Unternehmen sowie interessierte und fachkundige Bürgerinnen und Bürger.

Christian meinte einleitend: „Die Agenda 2030 beinhaltet Entwicklungsziele für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand. Es liegt ein umfassender Aktionsplan für eine Transformation hin zur Nachhaltigkeit vor, dem sich alle 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet haben. Das Herzstück der Agenda 2030 sind die 17 Sustainable Development Goals (SDGs). Im Vergleich zum letzten Fachdialog zum Thema im Jahr 2018 hat sich betreffend die Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich einiges zum Positiven gewandelt. Damals gab es Anlass zur Kritik, wie ein Rechnungshofbericht und Stellungnahmen engagierter NGOs wie insbesondere SDG Watch Austria zeigten.“

Christian bedankte sich beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie für die Unterstützung der Fachdialoge. Der Moderator begrüßte anschließend die Referentinnen und Referenten und eröffnete die Vortragsrunde.

Dr. Alfred **Strigl**, Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung, sprach zum Thema „Klimawandel, Energiewende und SDGs“.

Er hob hervor, dass wir im Anthropozän leben. Dies ist eine neue geochronologische Epoche, nämlich das Zeitalter, in dem der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf der Erde geworden ist.

Der Mensch hat das System Erde in diversen ökologischen Dimensionen belastet. Das Modell der Doughnut Wirtschaft besagt, dass die Menschheit das System Erde mit seinen Ressourcen braucht, nutzen muss. Das System Erde darf aber nicht überlastet werden. Studien haben ergeben, dass die Menschheit das Klima 170-mal mehr gestaltet als alle Naturphänomene zusammen. Das Gute darin ist, dass die Menschheit die Entwicklung selbst in der Hand hat.

Derzeit steigen weltweit die Temperaturen nicht nur am Land, sondern auch im Meer. Menschen, vor allem in den Ländern des Südens wie in Afrika, kämpfen mit den Folgen des Klimawandels. Laut Sachverständigenrat des Deutschen Bundestags kann die Atmosphäre noch zwischen 200 bis 300 Gigatonnen (Gt) Kohlenstoff aufnehmen, um das Pariser 2°C-Ziel halten zu können. Danach darf kein CO₂ mehr in die Atmosphäre gelangen. Doch es gibt fossile Reserven von 800 Gt Kohlenstoff, die bereits in den Büchern der fossilen Explorationsunternehmen verzeichnet sind. Dies stellt verlorenes Kapital dar, sog. „stranded assets“.

Der UNEP Emissions Gap Report 2018 zeigt deutlich auf, dass mit den weltweit beschlossenen Maßnahmen das 2°C- bzw. 1,5°C-Ziel immer noch nicht erreicht würden. Es muss also mehr getan werden. Die EU setzt u.a. mit dem Green Deal Maßnahmen in die richtige Richtung.

Etwas zynisch meinte der Vortragende, dass Österreich seit den 1990er Jahren sehr stabil bei den THG-Emissionen unterwegs ist: „Es passiert nichts.“ Ebenso ist z.B. beim Biolandbau, kaum ein Anstieg in der Zahl der Betriebe seit den 1990er Jahren feststellbar. Was die Gebäudesanierung in Sachen Klimabilanz gut macht, das verschlechtert der (Güter- und Individual-)Verkehr wieder dramatisch. Die Klimazahlen in Österreich sind allarmierend. Weltweit betrachtet belegt Österreich lediglich den 38. Platz beim Klima-Ranking (Quelle: German Watch).

Strigl erläuterte die 17 SDGs der Agenda 2030. Auch Österreich hat sich bei der Agenda 2030 zum Ziel gesetzt, alle mitzunehmen – „leave no one behind“. Dabei kann man die Digitalisierung nutzen, um „Cyborgs“ zu schaffen oder zum Nutzen der Menschen einzusetzen (Laptops etc.). Mit wirklich nachhaltigen und geschlossenen Kreisläufen und den dazu notwendigen Netzwerken kommt man auch zur Dekarbonisierung der Gesellschaft.

Aus Sicht der Länder des globalen Südens sind die 17 SDGs kein „cherry picking“, sondern eine Priorisierung auf bestimmte Inhalte (Arbeit, Essen, Gesundheit, Bildung, Gleichberechtigung der Frauen, ...). Bei den Wechselwirkungen zwischen den Goals gibt es positive Synergien und/oder negative Interaktionen (trade offs). So gibt es unter den 169 Unterzielen durchaus welche, die einander unterstützen und andere wieder ausschließen oder widersprechen. Das Ziel 2 „Kein Hunger“ hat beispielsweise viele Interaktionen mit anderen SDGs. Nimmt man z.B. die Energie her, kann es gute Korrelationen zwischen

SDGs geben, aber auch schlechte (z.B. Anbau von Biomasse mit Kunststoffdüngern). Jedes einzelne Ziel müsste man anschauen und die Auswirkungen auf die anderen Ziele untersuchen. Mit sogenannten Dekodierungen der Inhalte der SDGs kommen Wechselwirkungen zum Vorschein.

Beim Ranking der Bertelsmann Stiftung zur nationalen Lage der SDGs ist Österreich seit dem letzten Jahr von Platz 5 auf Platz 7 zurückgefallen u.a. durch Rückschritte bei SDG 12 (Import von Ressourcen), SDG 13 (bei der Reduktion von THG-Emissionen geht nichts voran), SDG 17 (Steuerparadies Österreich).

Abschließend erläutert Dr. Strigl noch die Resultate aus dem ÖIN-Forschungsprojekt transAT, in welchen Top-down-Instrumente für Transitionsprozesse in Bezug auf die Energiewende in Österreich analysiert wurden. Für eine effektive Energiewende müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut, eine ökosoziale Steuerreform, auch zu CO₂ durchgeführt, rechtliche Hemmnisse beseitigt, die Bevölkerung besser eingebunden (z.B. über Regional-Labore) und wissenschaftliche Erkenntnisse stärker berücksichtigt werden.

Christian bedankte sich für die Ausführungen und äußerte sich skeptisch zur Variante der Priorisierung, da dann z. B. „Frieden“ und „Partnerschaft“ ganz unbedeutend wären.

Mag.^a Lisa **Weinberger**, ÖKOBÜRO - Allianz der Umweltbewegung/SDG Watch Austria, referierte zum Thema „SDGs umsetzen!“. SDG Watch Austria ist eine multi-sektorale zivilgesellschaftliche Plattform, die sich für eine wirksame und ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich einsetzt. SDG Watch Austria hat über 200 Mitglieder und arbeitet in Allianz mit Wissenschaft und Wirtschaft.

Einleitend erläuterte sie die Vorgeschichte der Agenda 2030: Die Nachhaltigkeitsdebatte gibt es seit vielen Jahrzehnten. Vorläufer der Agenda 2030 waren die Rio Prozesse und die Millennium Development Goals (MDGs) mit Zielen für den globalen Süden. Diese waren aber bei Weitem nicht so umfassend konzipiert wie die Agenda 2030, welche im Jahr 2015 beschlossen wurde. Zu ihrer Umsetzung haben sich alle Mitglieder der UNO verpflichtet. Die ganzheitliche Ausrichtung mit vernetztem Denken ist eine Besonderheit.

Das SDG 17 bildet das Überdach der Agenda 2030. Es geht in Summe um eine echte Transformation unserer Welt. Ein wesentlicher Aspekt ist auch, dass man gesellschaftlich niemanden zurücklassen will. Wenngleich die Agenda 2030 eine große politische Errungenschaft darstellt, wird sie auch von verschiedenen Seiten als zu wenig weitreichend und umfassend kritisiert z.B. auf Grund der Heranziehung des BIP als Indikator für Wirtschaftswachstum statt Wohlstand oder die nicht ausreichende Berücksichtigung von „Spill-over Effekten“ im Globalen Süden.

Laut dem letzten UN-Zwischenbericht kann die Agenda 2030 im gegenwärtigen Tempo der Umsetzung nicht erreicht werden. Hinsichtlich SDG 5 (Geschlechtergerechtigkeit) sind

sogar Rückschritte zu verzeichnen.

Die Agenda 2030 nimmt für die Umsetzung klar die jeweiligen Regierungen in die Hauptverantwortung. Die österreichische Bundesregierung muss daher die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Agenda 2030 schaffen. In Österreich wurde 2016 per Ministerratsbeschluss eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) zur Koordinierung der Umsetzung geschaffen. Österreich verfolgt hier einen Mainstreaming-Ansatz, d.h. bestimmte Ziele sollen innerhalb einer Institution möglichst bei allen Entscheidungen von allen Entscheidenden berücksichtigt werden. Sehr lange wurde von SDG Watch Austria kritisiert, dass die Umsetzung der Agenda 2030 nicht konsequent verfolgt wird und es insbesondere an klaren Strukturen und einer strategischen Herangehensweise mangelt. 2018 gab es einen Rechnungshofbericht mit starker Kritik an der Umsetzung in Österreich. Inhaltlich deckte sich dieser weitgehend mit den Kritiken von SDG Watch Austria. Es wurde unter anderem das fehlende politische Bekenntnis zur Umsetzung bemängelt, eine fehlende Strategie, das schwache Mandat der IMAG, die Einbeziehung von Stakeholdern im Umsetzungsprozess sowie fehlendes Monitoring. Seitdem hat sich einiges zum Positiven gewendet. Am 15. Juli präsentierte Österreich erstmals den freiwilligen nationalen Umsetzungsbericht (FNU) – neben Bulgarien als letztes EU-Land. Der intensive, partizipative Prozess der Berichterstellung ist im Vergleich mit anderen EU-Ländern aber positiv hervorzuheben. Es fand ein regelmäßiger Austausch mit Einbeziehung von verschiedenen Stakeholdern (u.a. mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialpartner) statt. Zur Teilnahme am partizipativen Prozess arbeitete SDG Watch Austria wesentliche Rahmenbedingungen aus:

- > hochrangiges politische Bekenntnis & klare Absichtserklärung zur SDG-Erreichung bis 2030 im Bericht
- > zentrale Handlungsempfehlungen des Rechnungshofberichts müssen berücksichtigt werden
- > konkrete nächste Schritte für den weiteren Umsetzungsprozess müssen ableitbar sein
- > Identifizierung von Herausforderungen
- > redaktionelle Überarbeitungen von Beiträgen nur nach Rücksprache mit den Autorinnen und Autoren

Im Kapitel Ausblick sind die Ergebnisse des FNU festgehalten, u.a.: politisches Commitment, Multistakeholder-Dialog weiter fördern, Stärkung der IMAG durch eine Steuerungsgruppe, ein wissenschaftlicher Beirat soll geprüft werden, regelmäßige Berichterstattung an das Parlament, SDG-Checks & SDG-Budgeting werden geprüft, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Website mit 160 Erfolgsgeschichten). Mit der Erstellung des FNU wurde Vertrauen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft aufgebaut.

Diese Anknüpfungspunkte gilt es nun weiter zu verfolgen: Es braucht klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten bei der Umsetzung der SDGs, eine politische

Führungsrolle & Verantwortung für die IMAG, Stärkung der IMAG in steuernder Rolle (Prioritäten, Arbeitsprogramme etc.), strukturierter Stakeholder-Austausch mit der IMAG; strategisches Vorgehen zur Umsetzung der SDGs, welche den bisherigen Mainstreaming-Ansatz mit einer wissenschaftlichen Bestandsaufnahme & Lückenanalyse verknüpft und Prioritäten, Ziele, konkrete, messbare Maßnahmen sowie Zeitpläne. Die Stärkung der Mitwirkung des Parlaments ist ein weiterer wesentlicher Punkt. Dazu gehört die Schaffung eines strukturierten und themenübergreifenden Prozesses zur Behandlung der SDGs im Parlament, die Präsentation des FNU & regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung, SDG-Checks & SDG-Budgeting.

Wesentlich ist auch die Partizipation aller Stakeholder, insbesondere der Zivilgesellschaft und Wissenschaft, ferner die Festlegung eines barrierefreien und transparenten Partizipationsmechanismus für die systematische Einbindung von Stakeholdern sowie dessen Anbindung an die IMAG und die Etablierung eines wissenschaftlichen Beirats.

Es ist ganz wesentlich, dass eine Debatte zum Bericht auf nationaler Ebene angeschoben und die Inhalte und Ziele der Agenda 2030 tatsächlich realisiert werden. Weinberger forderte Berichterstattung, Rechenschaft, Transparenz ein:

- > Veröffentlichung aller relevanten Informationen zur österreichischen SDG-Umsetzung und Kommunikation von Zielen, Maßnahmen und Plänen
- > Monitoring und Evaluierung der Umsetzungsstrategie
- > regelmäßige Berichterstattung an Parlament sowie Öffentlichkeit

Der Moderator nahm die offensichtlichen Fortschritte erfreut zur Kenntnis und hofft, dass die Ankündigungen des Berichts auch umgesetzt werden, insbesondere auch, was derzeit erst „geprüft“ werden soll (SDG-Budgeting, wissenschaftlicher Beirat).

Mag.^a Sabine **Schneeberger**, Bundeskanzleramt, Leiterin der Abteilung IV/4 – Umwelt, Klima, Verkehr, AStV I, sprach zum Thema „Agenda 2030 in Österreich“. Vieles sei bereits von den Vorrednern angesprochen worden. Sie selbst hat das Thema vor 2 Jahren übernommen und damals sei es überraschenderweise mitunter ein „Minenfeld“ gewesen. Eine eigentlich positiv besetzte Agenda wurde vielfach nicht geschätzt und hatte einen schlechten Umsetzungsstand. Die Referentin wagte einen Blick in die Zukunft.

Die Welt soll mit der Umsetzung der Agenda 2030 zu einem besseren Ort für alle werden.

Durch Corona ist die Resilienz in den Fokus gerückt. Erste Analysen zeigen negative Auswirkungen auf die Umsetzung der Agenda 2030 auf Grund der Pandemie.

Der Mainstreaming-Ansatz bei der Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich bedeutet die Implementierung der SDGs in das Tagesgeschäft, die Erstellung von Aktionsplänen und Maßnahmen, die Einbeziehung aller relevanten Stakeholder; eine Arbeitsgruppe unter

Leitung des BKA (Bundeskanzleramtes) und des BMEIA (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten) sei koordinierend tätig. Der Fokus lag im letzten Jahr auf der Erarbeitung des ersten nationalen Berichts Österreichs zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs (FNU), dessen Erstellung und wichtigste Inhalte sie überblicksmäßig präsentierte. Der Ministerrat nahm den FNU am 27. Mai 2020 zustimmend zur Kenntnis.

Die Erstellung des FNU erfolgte in einem Multi-Stakeholder Ansatz mit Einbindung aller relevanten staatlichen Organe und KooperationspartnerInnen auf Bundes-, Landes-, Städte- und Gemeindeebene sowie Vertreterinnen und Vertretern von Sozialpartnerschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in allen 4 Phasen des Prozesses. Diverse Gremien wurden gebildet (Redaktionsgruppe, Redaktionsausschuss, Ad-hoc Arbeitskreise und Sitzungen, 4 Abstimmungsrunden). Der Erstellungsprozess nahm rund ein Jahr in Anspruch.

Inhaltlich sollte der FNU kein rein technischer Bericht werden. Es war das Ziel, auch Erfolgsbeispiele darzustellen. Man hatte mit 20-30 gerechnet, es sind 160 Beispiele geworden. Diese sollen – da in der Fülle im FNU nicht darstellbar – auf der Webseite des BKA präsentiert werden (www.sdg.gv.at).

Es wurde eine Analyse zu den 17 Zielen auf Basis eines Indikatorenberichts von Statistik Austria durchgeführt. Es wurden Schwerpunktthemen gesetzt: Digitalisierung; Frauen, Jugend und „Leaving no one behind“; Klimaschutz und Klimawandelanpassung.

Mit letzteren werden auch Bereiche angesprochen, in denen Österreich derzeit noch nicht so gut abschneidet und die beschleunigtes Handeln erfordern.

Man hat gelernt, Ownership zu schaffen. Sicherlich ist es möglicherweise nicht gelungen, alle Akteurinnen und Akteure gleichermaßen mitzunehmen. Im Bereich der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ist ebenfalls noch viel zu tun, auch um den Prozess der Agenda 2030 noch transparenter zu gestalten. Wichtig ist auch die weitere Stärkung des Austausches mit anderen Ländern, um dazu lernen zu können.

Das Ausblickskapitel ist nach Meinung von Schneeberger das Herzstück in Hinblick auf die Zukunft. Dazu zählen:

- > Abstimmung und Priorisierung von Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen der IMAG durch eine Steuerungsgruppe stärken
- > auf verstärkte Zusammenarbeit aufbauen und neu geschaffene Wissensbasis in Österreich weiter nutzen
- > Verbesserung der Vernetzung zwischen Akteurinnen und Akteuren durch breiten

Multi-Stakeholder Prozess

- > breitere Bewusstseinsbildung und Mobilisierung sämtlicher relevanter Akteurinnen und Akteure
- > Prüfung der Entwicklung von Mechanismen, die SDGs bei Budgetentscheidungen auf Bundes- und Länderebene künftig mitberücksichtigen
- > Optimierung des nationalen Indikatorensets zur Agenda 2030, und
- > Daten für die Öffentlichkeit verfügbar machen

Der geschaffene Multi-Stakeholder Prozess, soll in der weiteren Umsetzung der Agenda 2030 weitergeführt und optimiert werden. Auch die Indikatoren sollen weiterentwickelt werden. Die Umsetzung der Agenda 2030 ist auch eine Frage der Ressourcen. Der FNU wurde im BKA im Wesentlichen mit einem Kernteam von zwei Personen „gestemmt“.

Die Agenda 2030 lebt von der Partnerschaft und vom Mitnehmen aller. Es geht auch darum, die Umsetzung der Agenda 2030 wirkungsvoller zu gestalten. Österreich startet auf einem äußerst hohen Niveau, dennoch besteht Handlungsbedarf. Die Ziele müssen als solches ernst genommen werden. Jede und jeder kann dazu beitragen.

Österreich hat die Corona-Krise bisher gut bewältigt. Man weiß allerdings nicht, wie es weiter gehen wird. Es ist geplant, einen Zusatzbericht zum Indikatorenbericht zu erstellen, in dem erste Auswirkungen von COVID-19 auf die Umsetzung der SDGs in Österreich analysiert werden sollen. Die Zahlen zeigen bereits, dass sich die Ungleichheiten – auch weltweit – erhöhen. Als Antwort auf die Krise ist es umso wichtiger, an den SDGs fest zu halten, so Schneeberger abschließend.

Der Moderator **Prof. Dr. Reinhold Christian** bedankte sich für die spannenden und inhaltsreichen Vorträge. Er wiederholte, dass sich seit dem letzten Fachdialog zum Thema im Jahr 2018 einiges zum Positiven gewandelt hat. So wurden z.B. Länder, Gemeinden und Parlament einbezogen. Christian fiel allerdings auf, dass die SDGs in der Bevölkerung fast unbekannt sind und hier dringend etwas getan werden muss.

Er eröffnete die Diskussion mit dem Publikum. Diese brachte eine beachtliche Bandbreite an Fragen und Hinweisen, die nachfolgend nur auszugsweise dargestellt werden können:

- Gleichberechtigung der Geschlechter
- Reduktion der Treibhausgas-Emissionen und Covid 19
- Partnerschaften und aktuelle politische Lage (Trump, Orban, Debatten um das EU-

Budget)

- Modifizierung der Agenda 2030 und Anpassungsfähigkeit der Agenda 2030 (Entkopplung von Wachstum der Wirtschaft)
- Öffentlichkeitsarbeit für die SDGs
- Fehlen von „digitalen“ Arbeitern
- Schritt zur Entwicklungshilfe, Afrika und Südländer näher heranbringen
- Umsetzung der SDGs in Gesetzesform
- Abbau umweltschädlicher Subventionen

Strigl war davon begeistert, dass das BKA und SDG Watch Austria sehr gut zusammen arbeiten. Es passt nicht, dass die österreichische Politik den FNU nur zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Das ist nur das politische Minimum.

Er fragte, wann die Agenda 2030 Regierungsprogramm wird. Die Regierung könnte die Agenda 2030 wie z.B. Neuseeland oder die Schweiz zu einem Regierungsprogramm machen. Er forderte die Regierung auf, „copy based“ zu arbeiten. Er forderte, dass die Regierenden die Agenda 2030 zu ihrer eigenen Agenda machen.

Die Gleichheit aller Geschlechter (SDG 5) ist ein ganz wichtiges Ziel. „Bringt Frauen an die Macht“ ist das Instrument zur Herstellung von Gerechtigkeit.

Durch Covid 19 gibt es sowohl positive als auch negative Entwicklungen.

80 bis 90% des Geldes ist „shadow-Geld“. Dort, wo man Zugriff hat, bei der EU Bank, herrscht eine „Analphabetisierung“. Dort lagert öffentliches Geld, Staatsschulden müssten nicht zurückgezahlt werden. An Schulen sollte Geldwirtschaft gelernt werden.

Alternativen zum BIP sind bekannt, andere Länder gehen bei deren Anwendung voran.

Christian meinte, dass Corona nicht auf Dauer nach bisherigem Muster bewältigt werden kann. Ganz abgesehen davon könne mit den temporären Effekten auf die THG – Emissionen das Klimaproblem sicher nicht gelöst werden.

Weinberger sagte, dass Frauen 50% der Gesellschaft ausmachen. Die Chancengleichheit der Geschlechter ist eine große Schnittmenge bei der Agenda 2030.

Aktuelle Tendenzen sind massiv bedenklich, was Partnerschaften in Zukunft anbelangen. Orban & Co machen SDG 17 und Partnerschaften aber keinen Abbruch. Gerade auf Grund solcher Tendenzen sind Dialoge wie in Österreich so wichtig.

Die Modifizierung der Agenda 2030 ist wichtig und notwendig, um voranzukommen. Man

muss in diesem Sinn auf die UN-Ebene und die nationale Ebene setzen. Finnland setzt z.B. ergänzende Maßnahmen. Dies sollte man sich als Vorbild nehmen.

Warum umweltschädliche Subventionen nicht abgebaut werden, ist eine politische Frage. Ohne passendes Budget wird man die SDGs jedenfalls nicht erreichen.

Es gibt betreffend die Öffentlichkeitsarbeit viel Engagement im Bereich der Zivilgesellschaft. Leider ist es so, dass die SDGs in der breiten Öffentlichkeit wirklich nicht viele kennen. Daher ist es umso wichtiger, die Zivilgesellschaft auch finanziell zu unterstützen. Es ist aber nicht so wichtig, dass jeder jede SDG im Detail kennt. Viel wichtiger ist es, dass Inhalte umgesetzt werden und dies mit den SDGs verbunden wird.

Schneeberger machte darauf aufmerksam, dass der Green Deal auf EU-Ebene als Strategie zur Umsetzung der Agenda 2030 gesehen wird. Der Green Deal hat, wie die Agenda 2030, eine ganz starke externe Dimension.

Es gibt viele SDG relevante Projekte, wie etwa jene der Entwicklungszusammenarbeit, die nach außen wirken. Es könnte natürlich mehr sein. Die Mittel für das EZA in Österreich sind von 2010 bis 2018 in Prozent des Bruttonationaleinkommens gesunken, jedoch in absoluten Zahlen gestiegen. Mehr Informationen dazu findet man im FNU.

Die Einbindung des Parlaments habe sich als nicht einfach erwiesen auf Grund der bestehenden Strukturen und der knappen verfügbaren Zeit. Frau Ministerin Edtstadler hat in Aussicht gestellt, den Bericht den Nationalratsabgeordneten vorstellen und mit diesen diskutieren.

Die letzten Tage / Ergebnisse des Europäischen Rates in Brüssel zeigen, dass nicht 25% sondern 30% des Budgets dem Umwelt-/Klimaschutz zu Gute kommen sollen – ein ganz entscheidender Fortschritt!

Es gibt im Bereich der Verbreitung von Informationen gute Projekte, z.B. die SDG-Botschafter, die Ausbildung von LehrerInnen. Gerade im Bildungsbereich ist viel im Werden. Mit der neu gestalteten BKA-Webseite (www.sdg.gv.at) soll eine neue Plattform zur Umsetzung der Agenda 2030 und eine neue Informations- bzw. Wissensbasis geschaffen werden. Jeder ist aufgefordert, das Thema transparenter zu gestalten und voranzubringen.

Zur Umschichtung kontraproduktiver Förderungen meinte **Christian**, dass es eine Systemtransformation braucht. Dies betrifft deutlich mehr als die seit längerem zitierten ca. € 5 Mrd,- kontraproduktiver Förderungen. Er bedankte sich bei den Vortragenden sowie beim Publikum und hoffte, dieses bald wieder begrüßen zu dürfen. Die nächsten Termine:

- > AUSGEBUCHT 02.09.2020: „[EU long-term strategy 2050 – ohne Atom und gefährliche Lagerung \(CCS\)?](#)“
- > 24.09.2020: „[Klimawandel, Forstwirtschaft und Holzverarbeitende Industrie](#)“

- > 20.10.2020: „[Verkehr und Raumplanung: Weg aus der Sackgasse?](#)“

Präsentationen zum Fachdialog am 21.07.2020 sowie die komplette Nachlese stehen online zur Verfügung unter: <https://www.uma.or.at/fachdialog-agenda-2030-und-sdgs/>

Informationen finden Sie auch auf der Facebook-Seite von **Umwelt Management Austria** (Über „Likes“ freuen wir uns natürlich!): <https://www.facebook.com/Umwelt-Management-Austria-1936103306629407/>

MIT UNTERSTÜTZUNG DURCH DAS



Bei Fragen oder Wünschen wie z.B. die Aufnahme in den Veranstaltungsverteiler bitten wir Sie Kontakt aufzunehmen mit:

Umwelt Management Austria

Palmgasse 3/2

1150 Wien

Tel.: 01/2164120-12

Fax: 01/2164120-20

E-Mail: office@uma.or.at

ZVR-Zahl: 408152201

MSc-Lehrgang Management & Umwelt

Mehr Informationen finden Sie unter: <http://www.uma.or.at/lehrgang.html>

Sofern Sie keine Zusendung mehr wünschen, bitten wir Sie hiermit auf diese E-Mail einfach und unkompliziert mit "NEIN" zu antworten.